

ANTRAG

der Abgeordneten Friewald, Mag. Leichtfried, Ing. Rennhofer, Cerwenka, Hintner, Findeis, Erber und Hensler

gemäß § 34 LGO zum Antrag der Abgeordneten Dr. Michalitsch u. a. betreffend
Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Umweltschutzgesetz, Vorlage des Jahresberichtes über das Kalenderjahr 2007, LT-928/B-15/4

betreffend **Maßnahmen zur Erreichung von Klimaschutzziele**

Klimaschutz und CO₂ Reduktion sind die zentralen Herausforderungen des beginnenden Jahrtausends. Durch die internationale Verpflichtung Österreichs bei der Erfüllung des Kyotozieles müssen auch in NÖ große Anstrengungen unternommen werden, um den notwendigen Beitrag zu leisten. Dabei ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass es derzeit für Niederösterreich kein quantitatives Reduktionsziel gibt, da sich dieses nur auf Reduktionsmaßnahmen im eigenen Wirkungsbereich beziehen kann.

Am Klimaschutzgipfel April 2007 haben die Länder dem Bund ein Positionspapier übermittelt, in dem das Top Runner Prinzip vereinbart wurde. Mit dem NÖ Klimaprogramm 04-08 wurde ein erster Schritt zur akkordierten Umsetzung von Reduktionsmaßnahmen gesetzt. Ein Folgeprogramm mit notwendigen ambitionierten Schritten ist in Ausarbeitung.

Zudem hat sich NÖ mit seinem Beitritt zum Klimabündnis 1993 verpflichtet, die Gemeinden bei der Erreichung des, auch in Brüssel diskutierten Zieles, von – 50% CO₂ bis 2030 zu unterstützen.

Das NÖ Landesentwicklungskonzept strebt die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen unter einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen an. Der Klimaschutz ist somit auch ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in Niederösterreich.

Klimaschutz ist eine Herausforderung für das Handeln in allen Wirtschaftssektoren und Lebensbereichen. Um das ambitionierte Ziel, dem Klimaschutz besondere Bedeutung zuzumessen, auch umsetzen zu können, sollen auf unterschiedlichsten Ebenen, beginnend bei legislativen, über förderrechtlichen bis hin zur umsetzungsorientierten Bereichen umfangreiche Maßnahmen gesetzt werden. Es handelt sich dabei in einem generellen Überblick um die Bereiche Bauen und Sanieren, die Wohnbauförderung, den Verkehr und die Raumordnung, den Energie- und Abfallwirtschaftsbereich, den Themenbereich Wirtschaft und Umweltschutz sowie Aufgaben im Wirkungsbereich der Gemeinden, die ab sofort Schritt für Schritt im Hinblick auf die Erreichung der Klimaschutzziele geprüft, abgestimmt und umgesetzt werden sollen.

Die Gefertigten stellen daher den

ANTRAG

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, umfassende Maßnahmen, beginnend bei legislativen über förderrechtliche bis hin zu umsetzungsorientierten Maßnahmen, sowohl im eigenen Wirkungsbereich, als auch darüber hinaus zu veranlassen bzw. zu unterstützen, um Niederösterreichs Beitrag zur Erreichung des hochgesteckten Zieles, nämlich die Verringerung der Treibhausgase entsprechend dem Kyotoziel, zu ermöglichen.“